

Pfuscherei des Bundes?

Hoher Zeitdruck und eine überforderte Bundesdruckerei: Die Einführung des neuen Personalausweises steht unter keinem guten Stern. Fehlerhafte Software, defekte Terminals und lange Wartezeiten für Bürger kennzeichnen das ambitionierte IT-Projekt des Bundes.

Für Thomas de Maizière gibt es keinen Zweifel: „Dieser kleine Ausweis ist hundert Mal sicherer als alle anderen Verfahren, mit denen man Geschäfte im Internet abschließen kann.“ Dies sagte der Bundesinnenminister in einem Video-Podcast, in dem er Anfang Dezember vergangenen Jahres Fragen von Bürgern zum neuen Personalausweis (nPA) beantwortete. de Maizière versuchte insbesondere Zweifel an der Sicherheit des RFID-Chips zu entkräften: „Der Chip kann unberechtigt nicht ausgelesen werden.“

Dass die Funktionen des neuen Personalausweises sicherer sind als bisher übliche PIN/TAN-Verfahren steht außer Zweifel.

Allerdings macht der kleine Ausweis an anderer Stelle große Probleme. Der Chaos Computer Club hatte noch vor der Einführung des nPA herausgefunden, dass bei Verwendung einfacher Lesegeräte die persönliche Geheimnummer (PIN) mittels Spionage-Software ausgespäht werden kann. Mitte November 2010 wurde das nächste Leck bekannt. Ein Mitglied der Piratenpartei entdeckte, dass es möglich war, im Rahmen eines

Updates der Software zur Nutzung der Online-Ausweisfunktion des nPA (AusweisApp) Schadprogramme auf den Computer des Nutzers einzuschleusen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) stoppte daraufhin den Download der AusweisApp. Die Sicherheitslücke



Absturzgefährdet: Änderungsterminal für den nPA.

zu schließen, dauerte erstaunlich lange. Erst seit Anfang Januar des neuen Jahres steht die AusweisApp wieder zum Herunterladen zur Verfügung. Allerdings nur für Windows-Betriebssysteme. Bürger, deren Rechner unter Linux oder Mac OS laufen, können bis dato die Online-Funktionen nicht nutzen.

Für die Kommunen war die Einführung des neuen Personalauswei-

ses nicht nur organisatorisch eine Herausforderung. Auch technisch gab es vielerorts Probleme: Die von der Bundesdruckerei gestellten Änderungsterminals funktionierten nicht. An den Geräten werden die digitalen Inhalte auf dem Chip der Ausweiskarte geprüft und die elektronischen Funktionen freigeschaltet.

In vielen Städten wurden deshalb die fertigen Ausweise nicht ausgegeben. In Regensburg etwa funktionierte zeitweise nicht einmal die Hälfte der 25 Terminals. Hans Schaidinger, Oberbürgermeister der Stadt und Vorsitzender des Bayerischen Städtetags, platzte daraufhin der Krage. „Die Pfuscherei des Bundes geht zulasten der Bürger. Sie können nicht

nachvollziehen, dass die Passämter ihren Ausweis nicht aushändigen können, weil ein Gerät nicht funktioniert“, machte der Regensburger OB seinem Unmut Luft (siehe auch Interview Seite 18).

Ein ganz anderes Problem trat in Hessen auf: In über 100 Kommunen waren neue Personalausweise falsch ausgestellt. Auf den Ausweisen fehlte der Name der ausstellenden Behörde. Wie der für hessische

Kommunen zuständige IT-Dienstleister ekom21 mitteilte, spielten für die Panne mehrere Faktoren eine Rolle. Von rund 200 Behörden, die Testausweise angefordert hatten, erhielten lediglich 44 einen solchen von der Bundesdruckerei. Wären sämtliche Testdokumente an die Kommunen versandt worden, so ekom21, wäre der Fehler frühzeitig aufgefallen. ekom21-Geschäftsführer Bertram Huke verwies auf die ohnehin mit Schwierigkeiten und hohem Termindruck verbundene Einführungsphase des nPA: „An manchen Tagen gab es mehrere Programm-Updates und Rundschreiben von der Bundesdruckerei. Der Zeitdruck war für alle Beteiligten enorm.“

Mitte November 2010 sorgte ein Bericht des ARD-Magazins Monitor für Unruhe. Da in der maschinenlesbaren Zone des neuen Ausweises nur noch der erste Name aus der Geburtsurkunde genannt werde, hätte ein Bürger mit anderem Rufnamen bereits Probleme mit seiner Bank bekommen, ergaben Recherchen des Polit-Magazins. Der Bundesinnenminister höchstpersönlich nahm sich des Problems in seinem Video-Podcast an. Wie kann uns der Staat den Rufnamen streichen?, lautete eine der Fragen.

Thomas de Maizière beruhigte die Bürger: „Das tut er natürlich nicht. Alle Vornamen werden auf den nPA vermerkt, auch in der maschinenlesbaren Zeile. Kein Rufname wird gestrichen.“ Über ein anderes Namensproblem berichtete Mitte Januar die Frankfurter Rundschau. Die Zeitung erfuhr, dass Akzentzeichen über oder unter Buchstaben von Namen wie André, Cécile oder François die Änderungsterminals von Meldebehörden zum Absturz bringen. Dieses Problem stellte auch die Stiftung Warentest fest. In mehreren Etappen nehmen die Verbraucherschützer den neuen Personalausweis unter die Lupe. Der erste Testbericht kritisierte insbesondere eine dürftige Beratung in den Bürgerämtern und zwar sowohl bei der Beantragung als auch bei der Abholung der Ausweise.

Als sei dies alles nicht genug, gab es auch noch Lieferengpässe. Die Bundesdruckerei bestätigte Verzögerungen bei der Auslieferung. Die Produktion des neuen Personalausweises sei Anfang November mit einer komplett neuen Fertigungsstraße gestartet. „Es ist durchaus normal, dass es bei solchen komplexen Prozessen in der Startphase zu Schwierigkeiten kommt“, sagte eine Sprecherin der Bundesdruckerei dem Westdeutschen Rundfunk.

Nach Angaben des bundeseigenen Unternehmens sind die Probleme mit den Änderungsterminals der heterogenen IT-Landschaft in den Kommunen geschuldet. Offenbar arbeiten nicht alle Melde-Programme mit der Software der Bundesdruckerei zusammen. Immerhin hat die Bundesdruckerei nun einen Support mit mehr als 100 Mitarbeitern eingerichtet.

Thomas de Maizière besitzt übrigens schon einen neuen Personalausweis. Anfang Dezember nahm er das Dokument im Rathaus Schöneberg in Berlin in Empfang. Dabei erkundigte sich der Bundesinnenminister bei den Mitarbeitern der Meldebehörde zu ihren Erfahrungen bei der Beantragung und Ausgabe des neuen Ausweisdokuments. Welche Antwort er erhalten hat, ist in der entsprechenden Pressemitteilung des Bundesministeriums des Innern nicht überliefert. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der den Innenminister bei seinem Behördengang begleitete, soll jedoch gesagt haben: „Allen Unkenrufen zum Trotz: Es läuft.“

Alexander Schaeff